

Kommentar:

Deutschland und Atomwaffen - Eine feministische Analyse

von Sofie Bliemel¹

Juni 2021

In der Frage um Atomwaffen ist Deutschlands politische Landschaft gespalten. Zwischen den Parteien herrscht Uneinigkeit - sind Atomwaffen in Deutschland nun illegitime menschenverachtende Waffen oder doch notwendiger Grundstein allianzpolitischen Vertrauens? Im Zentrum der Diskussion steht die nukleare Teilhabe. Durch sie sind US-amerikanische Atomwaffen auf deutschem Territorium stationiert, die im Ernstfall von Kampfflugzeugen der Bundeswehr abgeworfen würden. Der folgende Kommentar analysiert die Debatte um die deutsche nukleare Teilhabe aus einer feministischen Perspektive. Dabei wird erkennbar, wie ein patriarchaler Diskurs den militarisierten Status Quo festigt.

Deutschland und die Nukleare Teilhabe

Beginnend in den 1950er Jahren, lagerten während des Kalten Krieges bis zu ca. 5000 amerikanische Nuklearwaffen auf deutschem Boden². Heute befinden sich noch rund 20 Bomben des Typs B61 am Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz. Ihre einstellbare Sprengkraft kann das dreizehnfache der über Hiroshima abgeworfenen Atombombe erreichen. Ein Einsatz der in Deutschland stationierten Atomwaffen würde nach dem

¹ B.A. Politikwissenschaft, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, M.A. International Relations and Diplomacy der Universität Leiden (September 2021).

² Kütt, Moritz. KERNWAFFEN IN DEUTSCHLAND - HINTERGRÜNDE ZUR NUKLEAREN TEILHABE. 15.10.2020. Greenpeace. <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/kernwaffen-deutschland-hintergruende-zur-nuklearen-teilhabe>

„Zweischlüsselsystem“ erfolgen. Dabei muss zunächst ein Befehl des/der US-Präsident*in erfolgen, der dann von dem/der deutschen Bundeskanzler*in als Abwurfbefehl an deutsche Soldat*innen erteilt wird. Neben Deutschland sind weitere amerikanische Atomwaffen in Belgien, den Niederlanden, Italien und der Türkei stationiert.

Deutschlands nukleare Teilhabe ist historisch gewachsen und erfüllte zu Zeiten des Ost-West-Konflikts eine andere Rolle als heute. Damals sollten die substrategischen Nuklearwaffen in Europa ein Gegengewicht zur konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion darstellen und die Option einer „begrenzten“ nuklearen Kriegsführung ermöglichen³. Nun ist der Kalte Krieg Teil der Geschichte und das aktuelle deutsche Interesse befindet sich in einem neuen Spannungsverhältnis. Im Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr sieht das Auswärtige Amt die „Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung“, „solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können“. Das zentrale strategische Dokument verdeutlicht Deutschlands Doppelstrategie: einerseits das „Bekenntnis Deutschlands zu dem Ziel, die Bedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen“, andererseits die nukleare Teilhabe als Umsetzung der nuklearen Abschreckung, durch die Deutschland in die „Planungen der Allianz eingebunden“ bleibt.⁴ Damit ist die deutsche Position wenig konsistent und Abrüstungsbestrebungen bleiben an die Strategie der NATO, allen voran der USA, gebunden. Ein Rückzug aus der nuklearen Teilhabe scheint damit unwahrscheinlich, zumal im Koalitionsvertrag Deutschlands Einbindung in die „strategischen Diskussionen und [Planungsprozesse]“⁵ der NATO als wesentliches Argument für das Festhalten an der nuklearen Teilhabe wiederholt wird. Fest steht allerdings, dass Deutschland höchstens ein begrenztes Mitspracherecht in der nuklearen Planung hat. Die USA hat die alleinige

³ Hach, Sascha. Mitgehangen, Mitgefangen? Argumente, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen. Juni 2020. PRIF Spotlight. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Spotlight0620.pdf

⁴ Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr (2016). Bundesministerium der Verteidigung, Berlin

⁵ Deutsche Bundesregierung. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 2018.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/koalitionsvertrag-zwischen-cdu-csu-und-spd-195906>

Entscheidungsgewalt über ihre Kernwaffen, welche nicht von NATO-Willensbildungsprozessen eingeschränkt wird⁶. 2010 forderte der Bundestag die Bundesregierung mit großer Mehrheit auf sich „bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen“⁷. Dieser Beschluss wird jedoch bisher weitestgehend ignoriert, Bündnispolitische Zwänge werden ja sogar als Grund für das Festhalten an der bisherigen Nuklearpolitik vorgeschoben.

In den letzten Jahren geriet die nukleare Teilhabe aufgrund von Modernisierungsdruck wieder auf die politische Agenda. Deutschlands Tornado-Kampfflugzeuge stehen vor der Ausmusterung und auch die stationierten Freifallbomben gelten als technisch überholt. 2022 soll die B61-12 als neues Modell der US-Atombombe nach Europa kommen, welche präziser gesteuert werden kann. Für die Modernisierung seiner Luftwaffen-Flotte diskutiert das deutsche Verteidigungsministerium derzeit den Erwerb von 30 Flugzeugen des Typs F-18 für den Atomwaffeneinsatz sowie 15 Begleitflugzeugen, welcher sich auf rund 7,5 Milliarden Euro belaufen würde. Ebenso wie der Tornado ist auch die F18 kaum für einen Einsatz außerhalb oder am Rande des Bündnisgebietes geeignet⁸.

Damit drängen neben grundsätzlichen ethischen Fragen auch aktuelle bündnispolitische und finanzielle Gründe auf eine Auseinandersetzung mit der deutschen nuklearen Teilhabe.

Eine feministische Perspektive

Für eine konstruktive Diskussion der deutschen Atomwaffenpolitik bedarf es eines Ansatzes, der sich kritisch mit den ihr zugrundeliegenden Machtstrukturen auseinandersetzt. Ein intersektionaler feministischer

⁶ Rudolf, P. (2020). Deutschland, die NATO und die nukleare Abschreckung. S. 15-17.

⁷ Deutscher Bundestag. 24.03.2010. Drucksache 17/1159.
<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701159.pdf>

⁸ Hach, S. (2020) Mitgehangen, Mitgefangen? Argumente, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen. PRIF Spotlight. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Spotlight0620.pdf

Ansatz kann hier neue Erkenntnisse bringen: Indem Atomwaffen als Werkzeuge des Patriachats gesehen werden, kann aufgezeigt werden wie durch sie bestehende Machtverhältnisse zementiert und systematisch die Erfahrungen und Perspektiven von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen verneint und ausgeblendet werden.

Ein solcher Ansatz fußt auf zwei wesentlichen Annahmen. Zum einen basiert er auf einem erweiterten Sicherheitsbegriff. Während sich traditionelle politikwissenschaftliche Theorien auf die Sicherheit des Staates fokussieren, schließt ein feministischer Ansatz erstens die physische und strukturelle Sicherheit des Individuums und der natürlichen Umwelt mit ein. Zweitens erkennt ein feministischer Ansatz, dass die Idee von Gender, dem sozialen Geschlecht, die internationale Politik prägt, indem sie Machthierarchien schafft. Privilegiert sind Subjekte die mit „maskulinen, kompetitiven, rationalen und unabhängigen Attributen“ besetzt sind, während „weiblich, versorgend, emotional und relational“ wahrgenommen Subjekte untergeordnet werden⁹. Konkret ist eine Nuklearwaffenpolitik patriarchalisch, wenn sie militarisiert ist und andere Akteure unterdrückt oder bedroht werden. Im Diskurs kann dies anhand folgender Phänomene genauer festgestellt werden:

Erstens können Akteure Atomwaffen legitimieren, indem sie sie **normalisieren**. Dabei wird ihre Existenz, der Besitz oder Stationierung als unausweichliche, rationale und notwendige Entwicklung dargestellt¹⁰. Das ist aufgrund der destruktiven Kapazität von Atomwaffen irreführend.

Zweitens ist der Diskurs um Atomwaffen häufig von **exklusiver Sprache** gezeichnet. Zum einen werden dabei die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt durch den sogenannten „technostrategischen Diskurs“ verdrängt¹¹.

⁹ True, J. M. (2018). Bringing back gendered states: Feminist second image theorizing of international states. In *Revisiting gendered states: Feminist imaginings of the state in international relations* (pp. 33-48): Oxford University Press

¹⁰ Hanson, M. (2018). Normalizing zero nuclear weapons: The humanitarian road to the Prohibition Treaty. *Contemporary Security Policy*, 39(3), 464-486.

¹¹ Cohn, C. (1987). Sex and death in the rational world of defense intellectuals. *Signs: Journal of women in culture and society*, 12(4), 687-718.

Zum anderen setzen militarisierte und sexualisierte Metaphern Sicherheit mit maskulinisierter und militärischer Stärke gleich. Diese Sprache schließt andere Akteure und deren Perspektiven aus.

Drittens werden durch „**Silencing**“ die Stimmen und Perspektiven von Atomwaffenkritiker*innen bewusst unterdrückt. Dazu gehört die Leugnung der Leiden von Betroffenen von Atomwaffeneinsätzen und -tests. Darüber hinaus werden Sorgen und Kritik an Atomwaffen als emotional, irrational oder träumerisch delegitimiert.

Während diese Phänomene keinesfalls den gesamten patriarchalen Diskurs abbilden, dienen sie dennoch als Hilfestellung für ein feministisches Verständnis der Nuklearwaffenpolitik. Ihr Vorhandensein wird im Folgenden in zwei Debatten im deutschen Bundestag zum Thema der nuklearen Teilhabe analysiert. Dabei werden Reden von 20 Politiker*innen aller Parteien außer der AFD einbezogen.

Debatte zur nuklearen Teilhabe im Bundestag

Am 18. Juni 2020 diskutierte der Deutsche Bundestag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwei Tagesordnungspunkte zum Erhalt des New START-Vertrags und zur Beendigung der nuklearen Teilhabe¹².

Die Linke bezeichnet dabei „Deutschland als heimliche Atommacht von US-Gnaden im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO“ und fordert einen Abzug US-amerikanischer Atomwaffen aus Deutschland. Die Grünen fordern ebenfalls die Aufgabe der nuklearen Teilhabe, sowie die Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrags.

Von den anderen Fraktionen werden diese Forderungen abgelehnt, die zuvor beschriebenen Muster der patriarchalen Debattenprägung angewendet. Die Forderungen werden u.a. als irrational delegitimiert. Ein SPD-Abgeordneter paraphrasiert den Abrüstungs-Ansatz der Opposition als grundlose Aufgabe einer besseren Verhandlungsposition mit Russland.

¹² Deutscher Bundestag. Linke und Grüne wenden sich gegen nukleare Aufrüstung. Plenarprotokoll. 18.06.2020. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw25-de-atomwaffen-701112>

Seine Position beschreibt er anhand der militarisierten Metapher „Da muss ich was im Köcher haben, um verhandeln zu können“. Während der SPD-Abgeordnete eine Debatte fordert um „den Beschluss des Deutschen Bundestages in eine realitätsnahe Politik umzusetzen“, bezeichnet er das Aufgeben „[jeglicher] Verhandlungsmasse“ als unklug. Die FDP silenct die Forderungen als einseitige Abrüstung, die „naiv“ und dazu „gefährlich“ sei. Die CDU weist die Sorgen über die Gefahr von in Deutschland stationierten Atomwaffen zurück „Die CDU normalisiert das Festhalten an der nuklearen Teilhabe, indem sie die Politik als unausweichlich darstellt. Davon hänge „auch unmittelbar die Sicherheitsarchitektur der NATO und damit auch unsere Glaubwürdigkeit im Bündnis ab.“ Deutschlands Sicherheit sei „nur deswegen möglich“, weil es unter dem nuklearen Schirm der USA stehe. Darüber hinaus, wird die Destruktivität der Waffen in Deutschland aberkannt: Wenn es um die Gefährlichkeit von Atomwaffen geht, dann geht es nicht in erster Linie um die mehrere Dutzend taktischen Atomwaffen, die in Büchel oder woanders liegen mögen; es geht um die strategischen Atomwaffen, um die U-Boot-gestützten und raketengestützten Atomwaffen“.

Debatte zum Atomwaffenverbotsvertrag im Bundestag

Über ein halbes Jahr später diskutiert der Bundestag erneut das Thema Atomwaffen, dieses Mal im Rahmen einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE zum Thema „UN-Verbot von Atomwaffen beitreten“¹³.

Ebendiese Forderung trägt die Linkspartei vor. Die Grünen teilen dies und bezeichnen die nukleare Abschreckungsdoktrin als „Irrweg“, den die NATO verlassen müsse. Die SPD lehnt einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ab, weil dieser „nicht mit unseren

¹³ Deutscher Bundestag. Opposition kritisiert Haltung zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Plenarprotokoll. 29.01.2021. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw04-de-aktuelle-stunde-atomwaffenverbot-818968>

bündnispolitischen Verpflichtungen in der NATO vereinbar“ sei und fordert stattdessen, einen Beobachterstatus einzunehmen¹⁴.

Forderungen nach einem Rückzug aus der nuklearen Teilhabe werden auch in dieser Debatte delegitimiert. Ein Abgeordneter der CDU nennt den Glauben, dass die Welt sicherer würde „wenn wir auf nukleare Teilhabe verzichten“, „eine der Lebenslügen der Linken“. Er betont: „Es hilft nicht, emotional auf Nuklearwaffen verzichten zu wollen“. Ein weiterer Abgeordneter der CDU silenct die Forderungen der Opposition, indem er mahnt man müsse sich bei diesem ernstesten Thema „mit der Realität auseinandersetzen“, wohingegen Aussagen der Grünen-Abgeordneten „fernab von jeglicher Realität“ seien. Die Perspektive einer friedlicheren Welt durch einen „einseitigen Ausstieg“ sei „wirklich Gefühlsduselei“ - damit „kriegen wir auch keine standhafte Diplomatie“. Die Rhetorik anderer Parteien würde die „Debatte emotional anheizen“. Wie die CDU, lehnt auch die FDP einen Beitritt zum Verbotsvertrag ab und hält die Erwartung, andere, „gerade autokratische Staaten“ würden ihre nuklearen Fähigkeiten aufgeben für „naiv und blauäugig“.

Beide Parteien normalisieren zudem den Status Quo um Atomwaffen. Ein CDU-Abgeordneter nennt die nukleare Teilhabe als einen „der Grundpfeiler unserer strategischen Sicherheitskultur“, in der Atomwaffen „Teil der Garantie für unsere Sicherheit“ seien. Für einen FDP-Abgeordneter sind sie „vielleicht sogar der wesentliche Pfeiler“ der europäischen Sicherheit. Während Atomwaffen für die FDP und CDU notwendig zur Wahrung von Sicherheit sind, stellen sie auch für die SPD zumindest einen notwendigen Teil der Bündnispolitik dar.

Parteien, die sich für einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrage und den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe positionieren, greifen die Kritik ihre Position sei emotional und irrational auf. Eine Abgeordnete der Linken fragt, ob die Mitglieder des Arbeitskreises zum Atomwaffenverbotsvertrag aus

¹⁴ Dabei würde Deutschland an der Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen, aber kein Stimmrecht haben.

dem Bundestag denn „alles Irre“ seien. Ebenso fragt ein Abgeordneter der Linken ob die Anwesenden das niederländische Parlament, welches einen Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe 2023 beschlossen hat, „für dumm“ halten. Eine Abgeordnete der Grünen stützt ihre Argumentation unter anderem darauf, dass ein Atomkrieg „rational nicht führbar“ sei und daher „niemanden glaubhaft abschrecken“ könne.

Ein feministisches Fazit

Beide Parlamentsdebatten zeigen die gegensätzlichen politischen Lager in der Frage um die nukleare Teilhabe. Während eine Seite den Austritt aus der nuklearen Teilhabe, sowie den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag fordert, lehnt die andere Seite dies kategorisch ab. Die SPD steht gewissermaßen dazwischen, lässt sich momentan jedoch wohl eher letzterer zuordnen. Das ist markant, weil parteiübergreifend von so gut wie jeder/jedem Redner*in betont wird, dass das Ziel die atomare Abrüstung sei. Die Mehrzahl spricht sich sogar für eine atomwaffenfreie Welt aus. Trotzdem gibt es zwischen beiden Lagern keinen Konsens zum politischen Vorgehen. Aus feministischer Sicht sticht dabei vor allem die Kritik an nuklearen Abrüstungs- und Verbotsbestrebungen ins Auge. Während sich die Kritiker*innen zwar auch auf strategische Überlegungen beziehen, basiert die Argumentation doch schwerpunktmäßig auf einer emotionalen Ebene. Die Strategie des Silencing - Forderungen nach nuklearer Abrüstung seien naiv, emotional oder irrational - prägen die Kritik. Die eigene Position wird im Kontrast als vernünftig und rational dargestellt. Als Begründung werden häufig nukleare Abschreckung und die nukleare Teilhabe als notwendiger Garant von Sicherheit und politischer Stabilität normalisiert. Vereinzelt werden zudem militarisierte Metaphern zur Untermauerung der eigenen Argumentation verwendet, welche die exklusive Sprache um Atomwaffen reflektieren.

Die Analyse verdeutlicht das Potenzial der Instrumentalisierung patriarchalen Diskurses zur Verteidigung des Status Quo: dem Festhalten an der nuklearen Teilhabe und der Strategie der NATO. Dieser Diskurs ist Teil

der deutschen Doppelstrategie - dem Bekenntnis zur Abrüstung einerseits und dem Festhalten an der nuklearen Teilhabe andererseits. Diese Erkenntnis muss Teil der Kritik an der deutschen Nuklearwaffenpolitik sein. Die Regierung sollte sich in Bezug auf die nukleare Teilhabe und deren Nutzen klar und konsistent positionieren. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihrem eigenen Diskurs ist dafür unabdingbar.